

Betreff: WG: [AntiRa] Heute in Dresden: Extremismusklausel rechtswidrig!

Von: Karl-Heinz Sabelleck <Karl-Heinz.Sabelleck@t-online.de>

Datum: 27.04.2012 07:34

An: Kalle <Webmaster@Kalle-der-rote.de>

Gesendet: Donnerstag, 26. April 2012 um 10:02 Uhr

Von: "VVN-BdA Bundesbüro" <bundesbuero@vvn-bda.de>

An: bundesbuero@vvn-bda.de

Betreff: WG: [AntiRa] Heute in Dresden: Extremismusklausel rechtswidrig!

Von: Dr.Ulrich Schneider [<mailto:dr.u.schneider@arcor.de>]

Gesendet: Mittwoch, 25. April 2012 17:06

An: VVN-BdA Bundesbüro

Betreff: Fw: [AntiRa] Heute in Dresden: Extremismusklausel rechtswidrig!

----- Original-Nachricht -----

Betreff: PM Verwaltungsgericht Dresden erklärt Extremismusklausel für komplett rechtswidrig

Datum: Wed, 25 Apr 2012 15:53:34 +0200

Von: Ulla Scharfenberg <ulla.scharfenberg@amadeu-antonio-stiftung.de>

An: <mail@apabiz.de>

AKuBiZ e.V. / Amadeu Antonio Stiftung / BAGD / BAKR

* *

* *

Verwaltungsgericht Dresden erklärt Extremismusklausel für komplett rechtswidrig

* *

Die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Dresden hat nach heutiger Verhandlung die Extremismusklausel des Bundes in Gänze für rechtswidrig erklärt. Geklagt hatte das Alternative Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiz e.V.) aus Pirna.

Steffen Richter, Vorsitzender des AKuBiZ e.V.: „Bei aller Freude über das Urteil, so ist es traurig, dass wir es überhaupt erstreiten mussten. Die Extremismusklausel ist eine aktive Behinderung der wichtigen Arbeit gegen Rechts vor Ort. Die Auffassung des Gerichts bestätigt, dass Demokratietarbeit nicht mit Misstrauen begegnet werden darf.“/

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Demokratieentwicklung (BAGD), der größte Zusammenschluss von Initiativen im Bereich von Demokratieförderung und Engagement gegen rechte Ideologien und Neonazis zeigt sich hoch erfreut über die wegweisende Entscheidung.

Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung zur heutigen

Verhandlung: /„Das Urteil bestätigt unsere Auffassung, dass solche Staatsbekenntnisse und Bespitzelungsaufforderungen nicht rechtskonform sind.“/

Friedemann Bringt von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR): /„Demokratie muss gelebt werden. Frau Schröder ist aufgefordert, diese rechtswidrige Klausel sofort zurückzunehmen. Eine Entschuldigung bei den Initiativen, die sich tagtäglich vor Ort für Demokratie einsetzen, wäre angebracht.“/

Für Nachfragen erreichen Sie
Robert Uhlemann: 0351 - 260 68 83 oder
Timo Reinfrank: 0162 - 106 24 18